

**KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 7. Mai 2024  
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

**A 55 Anfrage Zemp Gaudenz und Mit. über die Arbeitsmarktsituation der Absolvierenden von Kunst- und Musikhochschulen / Bildungs- und Kulturdepartement**

Gaudenz Zemp ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Gaudenz Zemp: Das ist nicht der erste Vorstoss der FDP-Fraktion zum Thema Berufswahlprozess am Gymnasium und an den Hochschulen. Gewisse Kreise sind jeweils empört und sprechen von einem Bashing von unschuldigen Studierenden und von einem unnötigen gegeneinander Ausspielen der Bildungswege. Aber wohlverstanden, der Warnruf kommt in diesem Fall vom Bundesamt für Kultur (BAK), das fordert: «Die Attraktivität von Studienbereichen und die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt sind besser in Einklang zu bringen.» Entsprechend wird von einer Überproduktion der Fachhochschulen gesprochen, welche die Verdienstmöglichkeiten der Einzelnen später im Markt stark limitiert. Die Regierung schreibt in ihrer Stellungnahme: «Eine zu enge Ausrichtung auf das (vermutete) Arbeitsmarktpotenzial birgt die Gefahr, dass sich dieses bis zum Studienabschluss verändert hat.» Natürlich besteht diese Gefahr, aber es gibt nun einmal keinen sinnvollen Weg bei der Ausrichtung auf den Arbeitsmarkt. Im Bereich der Berufsausbildung ist die Ausgangslage gleich. Auch dort verändert sich der Arbeitsmarkt konstant, und eine Ausbildung dauert bei einer vierjährigen Lehre mit anschliessender Berufsmatura fünf Jahre. Hier erfolgt die Regelung aber durch den Markt, denn in Branchen ohne Stellen gibt es auch keine Lehrbetriebe. Es gibt also ein automatisches Regulativ durch die Wirtschaft selber. Bei der Hochschule muss das Regulativ durch sie selbst übernommen werden. Die Gefahren einer Ausrichtung auf den Arbeitsmarkt sind sicher kleiner als der aktuell bestehende Missstand. Gemäss dem Branchenverband können heute nur rund 4 Prozent der bildnerisch schaffenden Künstler von ihrer gestalterischen Tätigkeit leben. Eine Ausrichtung auf diesen Arbeitsmarkt ist also zwingend nötig. Nach dem Studium braucht nur die Hälfte der Personen mit einem Bachelor-Abschluss in Musik einen Hochschulabschluss, und in den gestaltenden Künsten ist es sogar nur ein Drittel. Auch dem sollte Rechnung getragen werden. Die Regierung schreibt aber: «Aus bildungsökonomischer Perspektive sieht unser Rat keinen Handlungsbedarf.» Da nach dem Studium kein Markt vorhanden ist, sind auch keine genügenden Einkünfte möglich. Man kann sagen, das sei Sache der Absolvierenden, wenn sie nach einem fünfjährigen Studium nur 40 000 Franken im Jahr verdienen. Vielleicht sind sie ja damit zufrieden. So einfach ist es aber nicht, denn in diesem Bereich gibt es einen Gesellschaftsvertrag, der einzuhalten ist. Dieser sagt nämlich, dass im Bereich der höheren Berufsbildung, Tertiär B, die

Betriebe oder die Studierenden den grössten Teil der Kosten selbst bezahlen, weil sie ja selbst von der Bildungsrendite profitieren. Bei den Universitäten und den Fachhochschulen bezahlt aber die Gesellschaft den grössten Teil. Sie macht das deshalb, weil sie damit rechnen darf, dass die Absolvierenden von Hochschulen später überdurchschnittlich hohe Steuern bezahlen. Gemäss diesem Gesellschaftsvertrag sollte also niemand in einem Beruf staatlich bezahlt ausgebildet werden, in welchem es keine Stellen gibt, mit denen ein entsprechendes Steuersubstrat geschaffen wird, dies insbesondere im Kunstbereich, denn die Studiengänge sind mit die teuersten. Wir sprechen hier von jährlich 55 000 Franken, also total 250 000 Franken für einen Master. Ich höre schon den Vorwurf, dass es um den Nachwuchs der schönen Künste geht und sich die FDP-Fraktion nur für das schnöde Steuersubstrat interessiert. Dem ist aber nicht so. In erster Linie geht es dabei um die jungen Berufsleute. Sie durchlaufen weder am Gymnasium noch an der Hochschule einen sinnvollen Berufswahlprozess. Sie verlassen mit durchschnittlich 27 Jahren die Hochschule und können unverschuldeterweise gar nicht in dem Beruf arbeiten, für den sie studiert haben und den sie über alles lieben. Das ist äusserst unfair. Wir attestieren der Hochschule Luzern (HSLU) und der Universität Luzern, dass sie die Ausrichtung auf den Arbeitsmarkt im schweizweiten Vergleich besser machen als andere Hochschulen, das habe ich selbst erlebt. Es besteht aber noch Luft nach oben. Wir sind sicher, dass der Bildungs- und Kulturdirektor die nötigen Fortschritte machen wird.

Irina Studhalter: Es scheint alles weniger stürmisch zu sein als vom Anfragenden formuliert. Es freut mich lesen zu können, dass die Erwerbslosenquote bei den Abgängerinnen und Abgängern der HSLU sehr tief ist und die Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen des Studiengangs Design laut einer zitierten Studie fünf Jahre nach dem Abschluss ein Erwerbseinkommen haben. Die Grüne Fraktion schliesst sich der deutlichen Antwort der Regierung an. Ein Dank geht an dieser Stelle auch an die HSLU, die trotz nicht ganz einfachen finanziellen Bedingungen einen tollen Job macht.

Gabriela Schnider-Schnider: Das Beste vorweg: Anscheinend haben sich die kunstorientierten Fachhochschulen im Kanton Luzern entgegen der Bundesstatistik in einem moderaten Rahmen entwickelt. Die gesamte HSLU ist in 15 Jahren um 126 Prozent gewachsen, das Departement Musik aber nur um 28 Prozent und das Departement Design Film Kunst um 105 Prozent. Trotzdem hat die Regierung in ihrer Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2025–2028 einige Forderungen platziert. Sie erwartet unter anderem die Überprüfung der Zahlengrundlagen, bevor über Massnahmen diskutiert werden soll. Bei einem allfälligen Handlungsbedarf seien schlussendlich die Trägerkantone zuständig und nicht der Bund. Die Mitte-Fraktion teilt diese Ansicht voll und ganz. Es irritiert, dass die statistisch- und medienbasierten Diskussionspunkte der Anfrage sich allesamt auf den Bund und andere Kantone, aber nicht auf den Kanton Luzern beziehen. Es ist deshalb umso beruhigender, dass die geschilderte Überproduktion von Kunstschaffenden unseren Kanton bislang nicht erreicht hat. Wir dürfen uns aber durchaus die Frage stellen, was Luzern besser macht. Die Departemente Musik sowie Design Film Kunst nehmen die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes auf und qualifizieren die Studierenden zunehmend in künstlerischen wie auch in technischen Bereichen. Das macht ihren Einsatz im späteren Berufsleben flexibler. Ausserdem haben die kunstorientierten Hochschulen die Anzahl Studienplätze freiwillig begrenzt, dies in der weisen Voraussicht, dass personelle, finanzielle und räumliche Ressourcen nicht unendlich vorhanden sind. Auf regulierende Kontingente wird verzichtet. Die grosse Mehrheit der Master-Absolventinnen und -Absolventen der Studiengänge Kunst und Design sowie Musik und Theater benötigen für ihre künftige Berufsausrichtung einen entsprechenden Hochschulabschluss, das sind beim Lehrdiplom Vermittlung

Kunst/Gestaltung beziehungsweise Musikpädagogik immerhin 84 Prozent. Das widerlegt die Aussage, dass nur die wenigsten Kunst- und Musikhochschulabgängerinnen und -abgänger in einem Beruf arbeiten würden, für welchen sie ihr Studium effektiv benötigen. Es ist deshalb absolut nachvollziehbar, dass die Regierung hier aus bildungsökonomischer Perspektive keinen weiteren Handlungsbedarf sieht.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Die Anfrage nimmt ein wichtiges Thema auf. Es ist tatsächlich so, dass der Bericht des BAK viele Leute aufgescheucht hat. Tatsache ist aber – und da gebe ich Irina Studhalter durchaus recht –, dass nicht so heiss gegessen wird wie gekocht, denn die Datenbasis ist schlicht und einfach katastrophal. Man fischt hier im Trüben. Deshalb haben wir klar gesagt, dass wir bessere Zahlen und Untersuchungen zu diesem Sachverhalt benötigen. Bei uns können wir den Sachverhalt nicht bestätigen. Es ist so, wie es auch Gabriela Schnider-Schinder ausgeführt hat: Das Wachstum ist bei uns schlicht und einfach kleiner als bei den anderen Studienfachgebieten. Die finanzielle Situation vieler Künstschaftenden ist aber auch in unserem Kanton schlecht. Das haben auch die Auszahlungen während der Corona-Pandemie klar gezeigt. Dort besteht durchaus Potenzial. Die Schlussfolgerung daraus, dass wir allenfalls in der Menge sehr viele haben, ist eigentlich naheliegend. Bezüglich des Berufswahlprozesses gehe ich mit Gaudenz Zemp nicht einig. Es ist sein eigener Vorstoss, den wir noch umsetzen werden und der auf diesem Weg durchaus auch im Gymnasium einen entsprechenden Prozess vorsieht. Die Frage zur Arbeitsmarktorientierung ist wichtig, und diese werden wir in den nächsten Jahren immer wieder hören. Tatsache ist, dass wir hier so etwas wie einen klassischen Schweinezyklus haben. Es ist so, dass man entweder sehr viele Studierende in einem Fachgebiet hat oder keine, und man liegt immer falsch. Das ist ein systemisches Problem, das wir angehen müssen. Ich bin durchaus bereit, über diese Arbeitsmarktorientierung zu sprechen, denn sie ist grundsätzlich wichtig, aber nicht nur. Es soll weiterhin die freie Entscheidung der Studierenden bleiben, was sie studieren wollen. Wir wollen wann immer möglich keine künstlichen Deckelungen einführen. Das scheint mir sehr wichtig. Gabriela Schnider-Schinder hat es am Schluss auf den Punkt gebracht: Wir machen sehr vieles richtig und sind strukturell sehr gut aufgestellt, was uns aber nicht davon abhalten darf, immer wieder genau hinzuschauen, wo wir stehen, und es danach allenfalls noch besser machen. Ich bin bereit, alle auf diesen Weg mitzunehmen, genau hinzuschauen und noch bessere Lösungen zu ermöglichen.